

Hurter besetzt wichtigste Personalie

Der ACS hat seit einigen Tagen einen neuen Generalsekretär. ACS-Chef Hurter ist überzeugt, seinen Club, der in die Schlagzeilen geraten war, nun endlich in ruhigere Gefilde steuern zu können.

VON ANNA KAPPELER

SCHAFFHAUSEN Vor rund 100 Tagen ist der Schaffhauser Nationalrat Thomas Hurter (SVP) nach wochenlangen Querelen zum neuen Präsidenten des Automobil Clubs der Schweiz (ACS) gewählt worden. Seither räumt Hurter auf im Club und will diesen neu positionieren. Jetzt hat Hurter die «wichtigste noch offene Stelle besetzt»: Neuer Generalsekretär des ACS ist der Walliser Fabien Produit.

Produit ist gelernter Hotelfachmann, der im Wallis auch als Tourismusdirektor tätig war und sich danach im Bereich Management weitergebildet hat. Der 35-jährige Familienvater wurde aus 86 Bewerbern ausgewählt. «An Fabien Produit hat mich überzeugt, dass er sehr innovativ ist und den ACS weiterbringen will. Zudem hat bei ihm mein Bauchgefühl von Anfang an gestimmt», sagt Hurter. Laut Hurter verfügt Produit über «umfassende Marketingkenntnisse und ausgewiesene Führungserfahrung».

Produit seit Anfang Jahr an Bord

Seit dem 3. Januar arbeitet Produit für den ACS. Dazu Hurter: «In seiner ersten Arbeitswoche hat Fabien Produit bereits ausserordentlich gut gearbeitet – und etwa bereits ungefragt einen Wochenrapport geschrieben.» Noch wohne Produit im Wallis und pendle zur Arbeit nach Bern. «Auch das zeigt mir, dass er sehr willig ist.» Produit suche aktuell eine Wohnung in Bern.

Was bedeutet die Besetzung des Generalsekretärs für den ACS? «Mit dieser wichtigen Stellenbesetzung sind nun die Bereiche operative und strate-



ACS-Zentralpräsident Thomas Hurter hat die Stelle des Generalsekretärs mit dem Walliser Fabien Produit besetzt. Bild: Key

gische Entwicklung klar getrennt», sagt Hurter. «Das ist wichtig, denn meiner Meinung nach hat die unklare Trennung früher mit zu den Querelen beigetragen.» Produit sei als Generalsekretär für das Tagesgeschäft verantwortlich, Hurter kümmere sich als Zentralpräsident mit den Direktionskollegen um die künftige Ausrichtung des ACS. «Fabien Produit macht mir nun unter anderem auch Vorschläge darüber, wie es in der Geschäftsstelle weitergehen soll.»

Zur Erinnerung: Der ehemalige ACS-Generaldirektor, Stefan Holenstein, wurde im Juli letzten Jahres entlassen. Das war der Anfang eines auch medial ausgetragenen Machtkampfes der ACS-Spitze, die in einer Schlamm-schlacht mit einer Reihe von Klagen und Gegenklagen endete. Im September dann wurde Hurter zum neuen Chef gewählt.

Über die Zukunft des ACS sagt Hurter: «Mir schwebt vor, dass in der

Schweiz künftig Formel-E-Rennen stattfinden.» Für diese Rennen mit Elektrorennautos laufen momentan laut Hurter verschiedene Gespräche über mögliche Austragungsorte in der Schweiz. «Formel E passt zur Schweiz – es ist innovativ und ökologisch.» Der Rennsport sei bekanntlich sehr oft ein Innovationstreiber für die Automobilbranche.

Positionspapier zur Mobilität

Ganz allgemein will Hurter den ACS «bei wichtigen Verkehrsthemen auf Position» bringen. Längerfristig wird sich eine Arbeitsgruppe mit dem Thema «Mobilität in der Zukunft» beschäftigen. Darin geht es um Fragen, welche Mobilität wir künftig wo und wie wollen. «Das Ziel ist, in der zweiten Jahreshälfte dazu ein Grundsatzpapier zu publizieren.»

Klar sei jetzt schon, dass sich der ACS gegen Road Pricing, also die Erhebung von Gebühren für die Benutzung

von Strassen in Innenstädten, einsetze. «Dies ist nicht zielführend, weil damit die Autofahrer überdurchschnittlich belastet und die anderen Verkehrsträger nicht mit einbezogen werden. «Mobility Pricing aber kann nur diskutiert werden, sofern alle Verkehrsträger mitberücksichtigt werden», sagt Hurter. In der Mobilitätsdiskussion dürfe die Strasse nicht immer gegen die Schiene ausgespielt werden. Ein Nebeneinander müsse das Ziel sein. «Natürlich aber vertritt der ACS in erster Linie klar und konsequent die Anliegen der Automobilisten», sagt Hurter.

Des Weiteren will der ACS neue Geschäftsfelder finden und interessante Partnerschaften für seine Mitglieder abschliessen. Zu Letzterem laufen etwa verschiedene Gespräche mit der UBS, der Zurich Versicherung, der Migrol oder der Eni Agip.

Wichtig ist Hurter zudem: «Auch gesellschaftliche Anlässe sollen nicht zu kurz kommen.»

Nachgefragt



Fabien Produit
Generalsekretär

«Autos haben mich schon immer fasziniert»

Herr Produit, Sie sind neuer Generalsekretär des ACS. Sie sind gelernter Hotelfachmann – warum das Interesse am Automobilclub?

Produit: In allen meinen früheren Arbeitsstellen hatte ich immer Führungsaufgaben. Dieses Wissen kann ich auch beim ACS gut brauchen. Autos haben mich schon immer fasziniert – es besteht eine enge Verbindung zwischen Hotelierbranche, Tourismus/Reisen und Autos.

Was fahren Sie privat für ein Auto?

Produit: Einen Volvo XC60, das ist ein SUV, und zudem einen Jeep Renegade.

Sie haben über 80 Mitbewerber ausgestochen – wie profitiert der ACS von Ihnen?

Produit: Mehrfach: Mein Managementbackground ist sicher hilfreich, zudem kenne ich mich im Online- und im klassischen Marketing sehr gut aus und habe immer kundenorientiert gearbeitet.

Der ACS war in der Kritik – was muss in Zukunft besser werden?

Produit: Ich habe erst vor einer Woche zu arbeiten angefangen – eine Antwort darauf wäre verfrüht. Ich muss mir zuerst einen kompletten Überblick verschaffen.

Interview Anna Kappeler

Bundesrat will Impfen von der Franchise ausnehmen

Mit der nationalen Impfstrategie soll der Gesundheitsschutz erhöht werden. Es wird mit Kosten von knapp 4 Millionen Franken pro Jahr gerechnet.

BERN Impfungen, die von der Krankenkasse bezahlt werden, sollen künftig von der Franchise ausgenommen werden. Der Bund hält trotz Kritik an dieser Idee fest. Sie wird nun im Detail geprüft. Die Ausnahme der Impfungen von der Franchise ist Bestandteil der nationalen Impfstrategie, die der Bundesrat gestern verabschiedet hat. Die Idee hatte in der Anhörung für Kritik gesorgt – vor allem wegen der schwer abschätzbaren Kosten.

Ziel der neuen Strategie ist es, die Bevölkerung besser über den Nutzen von Impfungen aufzuklären. Hier sind insbesondere Ärztinnen und Apotheker gefragt. Ferner sollen ein gutes Impfangebot gewährleistet und das Engagement der zuständigen Akteure gefördert werden. Unter anderem ist vorgesehen, dass Eltern für das Impfen sensibilisiert werden, wenn sie ihr Kind in einer Tagesstätte anmelden.

Was die Franchisen anbelangt, so wird das Bundesamt für Gesundheit (BAG) eine Befreiung nun vertieft prüfen, wie ein Sprecher auf Anfrage präzisiert. Die Befreiung dürfte der Gemeinschaft rund 3,9 Millionen Franken Mehrkosten pro Jahr verursachen. Das

BAG will deshalb nach der Erstellung eines Umsetzungsplans der Impfstrategie bei der Eidgenössischen Kommission für allgemeine Leistungen und Grundsatzfragen einen Antrag auf Franchisebefreiung stellen. Dann soll die Kommission ihre Empfehlungen an den Innen- und Gesundheitsminister weiterleiten, der darüber entscheiden wird. Der gesamte Prozess dürfte laut BAG voraussichtlich rund ein Jahr dauern. Die nationale Strategie ist ein Teil der Strategie «Gesundheit 2020» des Bundesrates. Sie hat unter anderem zum Ziel, den Gesundheitsschutz der Bevölkerung auf hohem Niveau sicherzustellen. (sda)

Grippewelle Zahl der Erkrankten nimmt zu

BERN Die Grippewelle greift in der Schweiz weiter um sich. Die Anzahl der Neuerkrankungen ist in der letzten Woche in fast allen Altersklassen und Regionen der Schweiz weiter angestiegen. Ärzte meldeten in der vergangenen Woche 56,9 Grippeverdachtsfälle auf 1000 Arztkonsultationen, wie das Bundesamt für Gesundheit gestern mitteilte. Hochgerechnet entspricht das 302 Neuerkrankungen auf 100 000 Einwohner. Am meisten betroffen von Neuerkrankungen waren erneut Kleinkinder. (sda)

Mehr Wettbewerb im liberalisierten Briefpostmarkt

Nachdem das neue Postgesetz in Kraft getreten ist, sieht der Bundesrat in verschiedenen Bereichen noch Optimierungsbedarf.

BERN Die Grundversorgung mit Post- und Zahlungsverkehrsdienstleistungen funktioniert, der Wettbewerb ist stabil. Zu diesem Schluss kommt der Bundesrat vier Jahre nach Inkrafttreten der neuen Postgesetzgebung. Doch er ortet auch Handlungsbedarf. Dieser betrifft unter anderem das Verfahren bei der Schliessung von Poststellen. Der Bundesrat schlägt vor, dass dabei künftig auch die Erreichbarkeit von Zahlungsdienstleistungen berücksichtigt wird. Diese kann im geltenden Verfahren nicht berücksichtigt werden.

Diese Änderung hätte vor allem dann Konsequenzen, wenn eine Poststelle in eine Agentur umgewandelt wird. Während diese alle Leistungen der postalischen Grundversorgung anbieten können, dürfen sie keine Bareinzahlungen entgegennehmen. Grundsätzlich anerkennt der Bundesrat in dem gestern veröffentlichten Evaluationsbericht zum Postgesetz, dass die Post ihr Poststellennetz in Zukunft weiter ausdünnen wird.

Im Monopolbereich der Post, beim Versand adressierter inländischer Briefe bis 50 Gramm, soll es künftig Preisobergrenzen geben. Eine konkrete

Zahl nennt er nicht. Der Bundesrat will sich dafür insbesondere am allgemeinen Preisniveau orientieren.

Im liberalisierten Bereich will er für mehr Wettbewerb sorgen. Dazu schlägt er verschiedene Massnahmen vor. So soll verhindert werden, dass alternative Anbieter bei den Mengenrabatten gegenüber Grosskunden diskriminiert werden. Koppelungsrabatte zwischen reservierten und nicht reservierten Postdiensten sollen verboten werden. Das Verbot der Quersubventionierung will der Bundesrat in der Verordnung präzisieren. Die Regelung soll verhindern, dass die Post nicht Dienstleistungen ausserhalb des Monopols künstlich verbilligen kann.

Ein weiteres Problem ist der Zugang anderer Anbieter zu den Postfachanlagen der Post. Derzeit ist ein Rechtsstreit über die Höhe des Entgelts dafür im Gang. Der Bundesrat will sich daher darauf beschränken, die Frist für die Preisverhandlungen von sechs auf drei Monate zu verkürzen. Wo Briefkästen nicht frei zugänglich sind, sollen alternative Postdienstleister nicht zustellbare Sendungen gegen ein Entgelt der Post übergeben können.

In dem Bericht nimmt der Bundesrat auch die indirekte Presseförderung unter die Lupe. Er schlägt vor, den Aufwand der Verlagshäuser für die Selbstdeklaration zu reduzieren und die Deklarationen weniger häufig durchzuführen als bisanhin. (sda)

Für fehlende Diensttage zahlen

BERN Wer bei der Entlassung aus dem Militärdienst nicht alle Diensttage geleistet hat, soll künftig zahlen müssen. Das will der Bundesrat. Er hat gestern diese und weitere Änderungen zur Wehrpflichtersatzabgabe in die Vernehmlassung geschickt. In den vergangenen Jahren sind jeweils einige Tausend Personen aus der Dienstpflicht entlassen worden, ohne dass sie ihre Dienstleistungspflicht vollständig erfüllt haben. Im Jahr 2012 waren es über 5000 Personen gewesen, 2015 rund 2500.

Künftig sollen diese nun eine Abschluss-Wehrpflichtersatzabgabe zahlen, wenn mehr als 15 Militär- oder 25 Zivildiensttage fehlen. Damit werde die Gleichbehandlung verbessert und ein Anreiz geschaffen, alle Diensttage zu leisten, argumentiert der Bundesrat. Er erwartet Mehreinnahmen von rund 6 Millionen Franken jährlich.

Viele Dienstpflichtige leisten deshalb nicht sämtliche Diensttage, weil sie gar nicht aufgeboden wurden. Auch sie sollen zahlen müssen. Der Bundesrat weist im Vernehmlassungsbericht darauf hin, dass grundsätzlich jedes Jahr ein Dienst zu leisten sei. Wer nicht aufgeboden werde, habe die Pflicht, sich bei den zuständigen Aufgebotsstellen zu melden. Dieser Pflicht werde «wenig nachgelebt». Weitere Änderungen haben mit der Armeeform zu tun. Der Militär- oder Zivildienst muss künftig zwischen dem 19./20. und dem 37. Altersjahr geleistet werden. Entsprechend soll auch die Dauer der Ersatzabgabepflicht angepasst werden. (sda)